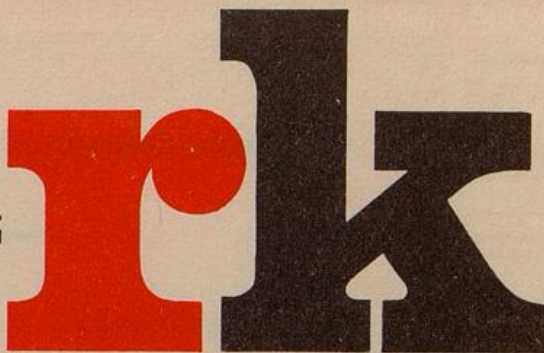


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 29. Juni 1983

Blatt 1785

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag  
(rosa) Landtag und Gemeinderat: Zusammenfassung  
Wiener Gemeinderat – Rechnungsabschlußdebatte

Lokal: Beginn der "Fahrten ins Grüne"  
(orange)

Nur  
über FS: 28.6. Sanitäter als Geburtshelfer  
Badner Bahn blockierte Straßenbahnlinien  
29.6. LKW blockierte Straßenbahn  
3. Welt-Station beim Ferienspiel  
Verkehrsunfall im 22. Bezirk  
Kinder verursachten Brand in Floridsdorf



## Beginn der "Fahrten ins Grüne"

=++++

3 #Wien, 29.6. (RK-LOKAL) Kommenden Freitag, den 1. Juli, beginnen in Wien wieder die "Fahrten ins Grüne" für ältere Bewohner von grünflächenarmen Bezirken. So wie in den vergangenen Jahren wird diese Ausflugsaktion in den Sommermonaten Juli und August durchgeführt. Im Vorjahr nahmen daran nahezu 30.000 Wienerinnen und Wiener teil.#

Durch diese Aktion erhalten betagte Wienerinnen und Wiener der Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Gelegenheit, einen kostenlosen Halbtagsausflug in die nähere Umgebung Wiens unternehmen zu können. Die Ausflugsziele, die von den Autobussen angefahren werden, befinden sich in einem Umkreis von 30 bis 40 Kilometer rund um Wien und garantieren ein abwechslungsreiches Ausflugsprogramm. Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher dieser Bezirke können allerdings nur dann daran teilnehmen, wenn sie vor Antritt der Fahrt im Sozialreferat ihres Bezirkes eine Teilnehmerkarte lösen. Die bereits in den Vorjahren ausgestellten Teilnehmerkarten haben auch heuer ihre Gültigkeit.

Die Abfahrtsstellen befinden sich in:

- 1, Schwertgasse, Ecke Wipplingerstraße
- 4, Favoritenstraße 18 (Amtshaus)
- 5, Redergasse (Rückseite des Amtshauses)
- 6, Amerlingstraße 11 (Amtshaus)
- 7, Hermannngasse 24 (Amtshaus)
- 8, Schlesingerplatz 4 (Amtshaus)
- 9, Währinger Straße 43 (Amtshaus)

Die Teilnahme an diesen Fahrten ist kostenlos, die Stadt Wien übernimmt die Kosten. (Schluß) zi/gg

NNNN



## Landtag und Gemeinderat: Zusammenfassung (1)

++++

7 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Am Mittwoch begannen die Beratungen mit einer Fragestunde des Landtages. Noch am Dienstag debattierte der Wiener Gemeinderat am Nachmittag die Geschäftsgruppen "Bildung, Jugend und Familie" sowie "Gesundheit und Soziales". Die Debatte dauerte am Dienstag insgesamt von 9 bis 19.45 Uhr. Es meldeten sich 35 Redner zu Wort, drei Redner stellte die FPÖ, 15 die ÖVP und 17 die SPÖ. Sechs Gemeinderäte traten erstmals ans Rednerpult. Bei der SPÖ hielten die Gemeinderäte Johann WIMMER, Ilse FORSTER, Erika STUBENVOLL und Dr. Michael HAUPL ihre "Jungfernrede", für die ÖVP die Gemeinderäte Mag. Eva PETRIK und Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER.

## Zwtl.: Bildung, Jugend und Familie

Die Ereignisse um das Jugendzentrum Gassergasse dominierten aus aktuellem Anlaß die Debatte in dieser Geschäftsgruppe. Zuvor gab jedoch Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER einen umfassenden Bericht über die im Jahr 1982 erzielten Leistungen in ihrem Ressort. Sie betonte, daß im Zeitalter der Elektronik es eine geradzueberlebenswichtige Aufgabe wäre, für Aktivierung und maximale Bildung als lebenslangen Prozeß der Orientierungsfähigkeit zu sorgen. Dazu zählen die laufenden Veränderungen im Wiener Schulwesen, aber auch die vielfältigen Angebote in der Jugend- und Erwachsenenarbeit. Drei Millionen Besucher nahmen 1982 die Freizeitangebote der Geschäftsgruppe in Anspruch - ein erfreulicher Tendenzanstieg, so Fröhlich-Sandner. In der Jugend- und Familienpolitik konnte das Platzangebot in den Kindergärten gesichert werden, Krippenplätze und die Anzahl der Tagesmütter wurden vermehrt, die Beratung und die Hilfe für die Familien ausgeweitet. Immer weniger Kinder müssen in Heimen untergebracht, immer mehr Kinder können in einen Familienverband bei Pflegeeltern eingegliedert werden. (Forts.)  
sei/gg

NNNN



## Landtag und Gemeinderat: Zusammenfassung (2)

=++++

8 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Gassergasse betonte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß die Stadt Wien Jugendlichen, deren Möglichkeiten zur Selbstfindung eingeschränkt sind, besondere Aufmerksamkeiten geschenkt habe. Es hat sich jedoch bewahrheitet, daß dann, wenn von den Jugendlichen das Gespräch nicht mehr gesucht wird, nur mehr die Gewalt bleibt.

Für die ÖVP ist die Schließung der "Gassergasse" das tragische Ende einer verfehlten Jugendpolitik, erklärte Gemeinderat Dr. Marilies FLEMMING. Man habe dort keinen Konsens mit der Bevölkerung erzielt und man habe die Jugendlichen in eine feindliche Umgebung hineingestoßen. Statt Geld hätten die Jugendlichen Zuwendung benötigt.

Für die FPÖ erklärte Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL, daß das Experiment "Gassergasse" an der Intoleranz jener Elemente gescheitert sei, die wahrscheinlich durch die westdeutsche Anarchoszene gesteuert wurden. Es soll weiter Gespräche mit alternativen Gruppen geben, künftig müßte man jedoch freie Gruppierungen vor Unterwanderungen und vor Umfunktionierungen schützen.

Für die SPÖ meinte Gemeinderat Dr. Michael HAUPL, er sei enttäuscht, daß dieses Experiment in einer "Nacht der Gewalt" sein Ende gefunden hat. Die "Gassergasse" war immer ein Ort voll der Widersprüchlichkeiten und leider habe es dort Leute gegeben, die die Konfrontation statt des Dialoges gesucht haben. Die Idee der autonomen Jugendzentren ist damit jedoch nicht tot, die SPÖ wird sich dafür auch in Zukunft einsetzen. (Forts.) sei/gg

NNNN



## Landtag und Gemeinderat: Zusammenfassung (3)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

9 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In den Abendstunden des Dienstags wurde über die Geschäftsgruppe "Gesundheit und Soziales" debattiert. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER meinte, daß die Humanisierung der Krankenhäuser und der verständliche Wunsch nach einer Kostensenkung an und für sich zwei diametral entgegengesetzte Zielsetzungen sind. In Wien beschreibe man einen möglichst guten durchführbaren Mittelweg zwischen diesen beiden Polen. So konnte im Jahr 1982 die Verweildauer in den städtischen Spitälern von 12,79 auf 12,4 Tage reduziert werden. In den beiden Psychiatrischen Krankenhäusern ging die Anzahl der Pflgetage um fast zehn Prozent zurück und hier schlägt sich die erfolgreiche psychiatrische Reform zu Buche.

Für die ÖVP forderte Gemeinderat Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER die Aufstellung eines Mängelkataloges im Gesundheitswesen. Bei den Spitälern wurde der Zielplan aus dem Jahr 1975 nie voll realisiert, kritisierte Wagner, ein neuer Zielplan wäre dringend notwendig. Der Baubeginn für das Krankenhaus Ost wird immer wieder hinausgeschoben. Es sei bedauerlich, daß hier ein Streit zwischen den Gebietskörperschaften auf dem Rücken der Bürger ausgetragen wird.

Für die FPÖ forderte Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL verstärkte Bemühungen um die Behinderten und neue Wege zur Ausbildung der Jungärzte. Man müsse einen Behindertenbeirat einführen und den Nachholbedarf im Bereich der Bauordnung aber auch des Arbeitsmarktes zum Vorteil der Behinderten raschest beheben.

Für die SPÖ strich Gemeinderat Anton WINDHAB die Rationalisierung in den Wiener Spitälern hervor. Lediglich sechs Prozent des Personals sind dort in der Verwaltung tätig. Die Wiener Psychiatriereform werde, so Windhab, in aller Welt bewundert und steht auch in Wien außer Streit. Die Einrichtung der Versorgungsstationen und der Übergangsheime hat eine volle Rehabilitation der Pfléglinge ermöglicht. (Schluß) sei/gg



Wiener Landtag: Zusammenfassung (1)

=++++

29 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Rathaus stand Mittwoch im Zeichen einer Landtagssitzung. Nach einer Fragestunde um 9 Uhr debattierten die Abgeordneten bis 14 Uhr über eine Novelle zum Wiener Schulgesetz und über eine dringliche Anfrage der ÖVP zum Umweltschutz in Wien. Die Novelle zum Schulgesetz sieht die Errichtung der "Neuen Hauptschule" ohne einen ersten und zweiten Klassenzug vor. Ab dem Schuljahr 1985/86 wird nur in Deutsch, Mathematik und in den lebenden Fremdsprachen nach Leistungsgruppen unterrichtet, während in allen anderen Fächern die Schüler gemeinsam unterrichtet werden. Die 3. Novelle zum Wiener Schulgesetz wurde auf Antrag von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER einstimmig beschlossen.

Zwtl.: Umweltdebatte

Ausführlich wurde die dringliche Anfrage der ÖVP debattiert. Nach Ansicht der ÖVP sollte ein unabhängiger Umweltschutzanwalt und ein Umweltschutzgesetz ausgearbeitet werden. Der zuständige Umweltstadtrat Peter SCHIEDER erklärte, daß in der Umweltschutzabteilung, der Magistratsabteilung 22, ausreichende Kontrolleinrichtungen und Rechtsmittel vorhanden sind. Um die Durchsetzungsmöglichkeiten der Magistratsabteilung 22 zu verbessern, wird ein Umweltveto eingeführt. Der von der ÖVP geforderte Umweltschutzanwalt sei nach der derzeitigen Rechtslage gar nicht möglich. Zum Umweltkontrollamt meinte Schieder, auch hier habe die MA 22 derzeit bereits größere Kompetenzen. Ein umfassendes Wiener Umweltschutzgesetz würde wegen der verfassungsrechtlichen Kompetenzlage kläglich ausfallen. Schieder warf der ÖVP vor, mit der dringlichen Anfrage einen politischen Gag landen zu wollen. (Forts.) sei/ap

NNNN



Wiener Landtag: Zusammenfassung (2)

=++++

30 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Rechnungsabschlußdebatte wäre Mittwoch nachmittag, so Schieder, sowieso der Umweltbereich zur Debatte gestanden. Die Vorverlegung dieser Debatte in den Wiener Landtag geschah offensichtlich aus medienpolitischen Überlegungen. Schieder: "Offensichtlich wollte die ÖVP noch vor Redaktionsschluß der Zeitungen mit dieser Debatte hineinschlüpfen."

Für die ÖVP warf LABg. ARTHOLD Stadtrat Schieder vor, im Umweltbereich in der Vergangenheit seine Kompetenzen vernachlässigt zu haben. Man werde daher Schieder auch für die Zukunft keinen Vertrauensvorschuß geben. Die Bürger haben ein Recht, so Arthold, Lösungen im Umweltbereich zu erhalten und nicht mit der Ausrede abgespeist zu werden, daß die rechtlichen Kompetenzen nicht gegeben seien.

LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ meinte für die FPÖ, die dringliche Anfrage der ÖVP beinhalte wesentliche Forderungen der Freiheitlichen und wesentliche Forderungen, die die breite Öffentlichkeit an die Stadtverwaltung stellt. Die Stadt Wien müsse den Anspruch des Menschen auf eine menschenwürdige Umwelt verwirklichen und man müsse, so Pawkowicz, in Umweltfragen viel mehr Information und Aufklärung betreiben.

Der sozialistische LABg. OUTOLNY warf der ÖVP vor, daß für sie das Instrument der dringlichen Anfrage ein beliebtes Spielzeug geworden ist. Man habe die von der ÖVP heute aufgeworfenen Fragen bereits ausführlich im Umweltausschuß behandelt. Die Wiener ÖVP befindet sich auch in einem Widerspruch mit dem Wirtschaftsflügel in ihrer Partei. Outolny: "Der Wiener Handelskammerpräsident Ing. Dittrich habe größte Bedenken gegen Umweltverträglichkeitsprüfungen. Er sei besorgt über die Behinderungen der Wirtschaft durch grüne Höfe - mit einem Wort, viele was die "Busek-ÖVP" verlangt, wird von der Handelskammer abgelehnt."

(Schluß) sei/ko

NNNN



Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Hubert PFOCH trat der Wiener Landtag am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von Labg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Vorschläge er der Polizei machen werde, um die Mißstände bei der Zuteilung von Autokennzeichen zu beenden, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß er hier nur seine persönliche Meinung sagen könne, da diese Frage nicht in seine Kompetenz falle. Er habe überlegt, ob dreistellige Kennzeichen in Zukunft nur für Dienstautos vergeben werden sollten. Vielleicht könnte die Zuteilung von Autokennzeichen auch einmal durch einen Computer nach dem Zufallsprinzip erfolgen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er sich vorstellen könne, daß die dreistelligen Kennzeichen nur für Dienstnutzfahrzeuge wie z. B. Müllwagen vergeben werden, antwortete Gratz, daß dies überlegenswert sei. Allerdings hätten die niedrigen Kennzeichen für Repräsentationsfahrzeuge auch einen erzieherischen Aspekt im Sinne der Verkehrsdisziplin. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er es für vorstellbar halte, daß Politiker nur noch sechstellige Kennzeichen benützen, sagte Gratz, er halte dies durchaus für vorstellbar. Er werde die Anfrage jedenfalls zum Anlaß nehmen, mit dem zuständigen Bundesminister zu sprechen um dieses an sich unbedeutende, aber leidige und eigentlich entwürdigende Problem zu lösen. (Forts.)  
ger/ko

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von Labg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), inwieweit es mit dem Wahlrecht vereinbar sei, daß Personen aus der Wählerevidenz gestrichen wurden, ohne darüber informiert zu werden, antwortete StR. Friederike SEIDL, daß die Wählerevidenz von der Gemeinde Wien nach den gesetzlichen Bestimmungen geführt werde, wobei auch die Verständigungsverpflichtung für ganz bestimmte Fälle gesetzlich genau geregelt sei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sie veranlassen werde, daß bei amtswegigen Streichungen aus der Wählerevidenz eine Verständigung als Bürgerdienst erfolgt, sagte Seidl, daß im Normalfall die Streichung bei einer Abmeldung unter Angabe eines neuen Wohnsitzes erfolgt. Die zweite Möglichkeit ist die Abmeldung ohne Angabe eines neuen Wohnsitzes, und schließlich gibt es noch die Streichung von amtswegen durch die Polizei. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Behörden nicht eine Bürgerhilfe leisten sollten, sagte Seidl, daß sie eine eigene Verständigung in jedem Fall nicht für sinnvoll und praktikabel halte, aber durchaus gesprächsbereit sei. Sie betonte, daß selbstverständlich kein Wert darauf gelegt werde, irgendeinem Wiener sein Wahlrecht zu nehmen. (Forts.) ger/gg



Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Dr. KRASSER (öVP), wann der Entwurf eines neuen Wiener Sicherheitsgesetzes dem Landtag vorgelegt wird, gab Stadtrat Friederike SEIDL einen Überblick der bisherigen gesetzlichen Situation. Nach der Aussetzung des Landstreicherparagraphen hat sich aufgrund der neuen Prostitutionsform, nämlich der Wohnungsprostitution, gezeigt, daß die alte Verordnung nicht mehr ausreichend sei. Eine Neuregelung dieser sehr sensiblen Materie soll im Ausschuß beraten werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sie bereit wäre, die Materie der Wohnungsprostitution vorzuziehen, sagte SEIDL, daß sie sich das durchaus vorstellen könne. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sie persönlich für ein Verbot der Wohnungsprostitution sei, erwiderte Stadtrat Seidl klipp und klar "Ja".

Auf die VIERTE ANFRAGE des LAbg. KREMNITZER (SPö), ob in der Novelle zum Wiener Fischereigesetz die Möglichkeit einer Tageskarte für Wienbesucher vorgesehen sei, sagte Stadtrat Seidl, daß derzeit ein Entwurf zur Novelle ausgearbeitet wird. Danach ist eine Gastkarte fürs Wochenende vorgesehen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob auch Kinder solche Tagesgastkarten bekommen können, betonte Seidl, daß derzeit Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr keine Möglichkeit zum Fischen in Wien haben. Nach der Novelle sollen Kinder ab dem 7. Lebensjahr unter Aufsicht von berechtigten Erwachsenen Fischen können. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann die Novelle dem Landtag zugeleitet wird, sagte Seidl, im nächsten Frühjahr oder Sommer sei damit zu rechnen. (Forts.) fk/gg

NNNN



Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), ob sie dem Wiener Landtag den Entwurf eines landwirtschaftlichen Grundverkehrsgesetzes, das eine Zweckentfremdung landwirtschaftlich genutzter Flächen unterbinden solle, vorlegen werde, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPö), diese Frage sei auf gleichlautende Anfragen der FPö bereits geprüft worden und man habe keine diesbezüglichen Initiativen gesetzt. Es gebe Bedenken, weil durch ein solches Gesetz unüberblickbare Hindernisse für die weitere Stadtentwicklung entstünden. Wien sei außerdem fast lückenlos vom Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erfaßt, der ausreiche, zweckwidrige Nutzungen zu verhindern. Es bestehe daher keine Absicht, ein solches Gesetz einzubringen. Noch dazu bestünden verfassungsrechtliche Bedenken dagegen. Sie glaube auch nicht, sagte Seidl auf eine diesbezügliche ZUSATZFRAGE, daß in landwirtschaftliches Grundverkehrsgesetz Spekulationen verhindern könnte.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. HOLUB (SPö), wann der Knoten Nußdorf/Nordbrücke fertiggestellt und der Bevölkerung zur Benützung übergeben werden könnte, antwortete StR. RAUTNER (SPö), falls keine unvorhergesehenen Hindernisse eintreten würden, sei die Übergabe dieses Knotens mit Ausnahme der Rampe 600, der Verbindung zwischen Nordbrücke und B 14, für 27. August 1983 vorgesehen. Nach der Freigabe wären noch Arbeiten am Ortsstraßennetz, an den Gehsteigen und Grünflächen durchzuführen, die den Verkehrsfluß aber nicht beeinträchtigen würden. Mit der endgültigen Fertigstellung der Verkehrsknotens ist im Sommer 1984 zu rechnen. (Forts.) roh/ko

NNNN



Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. HAAS (SPÖ), wann die Flughafenautobahn für den Verkehr freigegeben wird, antwortete Stadtrat RAUTNER (SPÖ), daß die Verkehrsfreigabe der A 4 für den 27. Juli 1983 festgesetzt ist. Da während der Sommerzeit der Verkehr geringer ist, ist zu erwarten, daß die Umstellung reibungslos vorsich geht.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Verkehrsverbesserung mit der Freigabe verbunden sind, sagte Rautner, daß vor allem die Wohngebiete der Simmeringer Hauptstraße und der Kaiserebersdorfer Straße vom Durchzugsverkehr entlastet werden. Mit der A 4 steht eine Schnellverbindung vom Stadtzentrum zum Flughafen Schwechat und zur öMV zur Verfügung.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. HAHN (öVP) nach dem Stand der Sonderrücklage der Wohnbauförderung mit 31. Mai 1983, antwortete StR. HOFMANN, die Sonderrücklage betrage 1.844 Millionen. Davon sind 1.785 Millionen für Neuprojekte abrufbereit.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Wohnungen auf eine Zusicherung warten, erklärte Hofmann, er habe noch vor der Sommerpause eine Wohnbauförderungs-Beiratssitzung einberufen. Die bewilligten Projekte sollen rasch gefördert werden. Hahn habe bewußt den Stichtag 31. Mai gewählt, weil zu diesem Zeitpunkt eine Auszahlung des Bundes an das Land Wien erfolgte und dadurch die Rücklage besonders hoch ist.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviele Wohnungen derzeit vom Beirat bewilligt sind und wie lange das älteste Projekt auf Zusicherung wartet, antwortete StR. Hofmann, er sei nicht in der Lage, sofort eine Antwort zu geben, die Beantwortung wird schriftlich erfolgen. (Forts.) ba/ko

NNNN



Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Ing. RIEDLER (SPö) nach dem Stand der Planungen im Zusammenhang mit dem Schienenverbundprojekt nahm StR. HOFMANN (SPö) folgendermaßen Stellung: Das Schienenverbundprojekt umfaßt die Vorortelinie Penzing - Heiligenstadt, die Flughafen-S-Bahn Rennweg - Stadtgrenze, die U 3 Erdberg - Vorortelinie und die U 6 Siebenhirten - Friedensbrücke mit der späteren Verlängerungsmöglichkeit Richtung Floridsdorf. Die beiden ersten Linien werden von den ÖBB in Abstimmung mit der Stadt Wien geplant und gebaut. Seitens der Stadt Wien waren nur Begleitplanungen durchzuführen, die bereits 1982 beendet waren. Zur U 3 ist die generelle Planung für die Planungsabschnitte Landstraße und Volkstheater abgeschlossen, für Erdberg und Mitte steht die generelle Planung kurz vor Abschluß. Für den Planungsabschnitt Mariahilf liegt eine Variantenuntersuchung vor. Ein Antrag um grundsätzliche Trassengenehmigung ist im Laufen. Bei der U 6 ist die generelle Planung für Meidling abgeschlossen, die Ausschreibungs- und Detailplanungen sind weit fortgeschritten. Eine Ausnahme bildet die Wiental-Querung, zu der am 6. Juli ein Hearing einberufen wird.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob nach diesem Hearing bald Entscheidungen getroffen werden, sagte Hofmann, er hoffe auf einen möglichst umfassenden Konsens. Die Vorarbeiten sind soweit geleistet, daß hier mit dem U-Bahn-Bau möglichst rasch begonnen werden könnte.

(Forts.) ba/gg

NNNN



## Wiener Landtag (7)

Utl.: Dringliche Anfrage und Anträge

=++++

13 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde setzte der Wiener Landtag seine Sitzung mit der Tagesordnung fort. Die ÖVP brachte eine dringliche Anfrage ein, in der umfassende Maßnahmen für den Umweltschutz in Wien gefordert werden. Und zwar ein unabhängiger Umweltschutzanwalt, ein Umweltkontrollamt, ein Wiener Umweltschutzgesetz und ein Wiener Abfallbeseitigungsgesetz. Die mündliche Begründung der Anfrage und die Debatte werden vor Schluß der öffentlichen Sitzung des Landtages stattfinden.

Folgende Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen: Ein Antrag der SPÖ, die geförderten Wohnbauträger durch ein Gremium von Fachbeamten zu kontrollieren, ein Antrag der ÖVP, eine Bestimmung im Beamtendienstrecht zu ändern, daß Invaliden der Kuraufenthalt auf den Sonderurlaub zugerechnet wird, ein Antrag der ÖVP auf volles Einschaurecht des Kontrollamtes bei Wohnbauträgern und schließlich Anträge der SPÖ auf Änderung des Anzeigenabgabengesetzes, sowie auf die authentische Interpretation des Gefrorenensteuergesetzes und des Getränkesteuergesetzes.

## Zwtl.: Mitglieder des Landessportrates

Als Mitglieder des Landessportrates wurden die Abgeordneten der SPÖ, FREINBERGER und VEJTISEK, seitens der ÖVP, der Abgeordnete ARTHOLD gewählt. Zu Stellvertretern wurden die Abgeordneten BRAUN und WIMMER (beide SPÖ) sowie Dr. NEUBERT (ÖVP) gewählt. (Forts.) gab/gg.

## Wiener Landtag (8)

Utl.: Wiener Schulgesetz

=++++

14 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER beantragte die dritte Novelle zum Wiener Schulgesetz. Das neue Landesgesetz sieht die Einrichtung der "neuen Hauptschule" vor, in der in Zukunft nicht mehr erste und zweite Klassenzüge geführt werden sollen. Jeder Schulstufe soll eine Klasse entsprechen, lediglich in den Gegenständen Deutsch, Mathematik und lebende Fremdsprache werden die Schüler in Leistungsgruppen unterrichtet. Die neue Hauptschule soll mit Beginn des Schuljahres 1985/86 eingeführt werden. Weiters sieht die Gesetzesnovelle vor, den Schulversuch Vorschulklasse ab dem Schuljahr 1983/84 in das Regelschulwesen zu übertragen um die Klassenschülerhöchstzahl weiter zu senken. (Forts.) gab/ap



Wiener Landtag (9)

Utl.: Wiener Schulgesetz

=++++

15 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vor einem Jahr wurde im Nationalrat die siebente Schulorganisationsgesetznovelle geschlossen, sagte LAbg. HELMER (öVP). Durch die Bemühungen der öVP sind darin wesentliche Verbesserungen verankert. Nun hat eine echte innere Schulreform zu folgen. In den Bundesländern, in denen die öVP die Verantwortung trägt, wurden Initiativen bereits gesetzt. Die Schule muß mehr sein als bloß Unterricht und Notengebung. Die äußere Reform allein ist deshalb zuwenig. Die Distanz zwischen Schule und Elternhaus muß abgebaut werden. Diese Zusammenarbeit kann allerdings nicht durch Gesetze erwirkt werden. Die einzelne Schule muß mehr Eigenverantwortung erhalten, denn, so Helmer, wie sollen die Schüler selbstständig werden, wenn sie täglich enge Grenzen sehen? Durch mehr Partnerschaft und neue Methoden soll eine bessere Bildung erreicht werden. Was in den Schulversuchen experimentiert wurde, muß nun in Ruhe reifen können. Die heutige Gesetzesvorlage enthält vieles, was die Schule menschlicher macht. Helmer nannte als Beispiel die Leistungsgruppen in der neuen Hauptschule, deren anfängliche organisatorischen Probleme sicher bewältigt werden können. (Forts.) fk/ko

NNNN



Wiener Landtag (10)

Utl.: Wiener Schulgesetz

=++++

16 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) LAbg. STEINBACH (SPÖ) bezeichnete es als erfreulich, daß sich die Schulversuche in Theorie und Praxis bewährt haben und nun in das Regelschulwesen übernommen werden können. Wien ist im Bereich der Vorschulklassen beispielgebend für die anderen Bundesländer. Auch der Fremdsprachenunterricht in der 3. und 4. Volksschulklasse hat sich bewährt. Als besonders erfreulich wertete der Abgeordnete die Senkung der Klassenschülerzahlen in den öffentlichen Volksschulen. Waren noch im Schuljahr 1970/71 im Durchschnitt 32,7 Schüler pro Schulklassen zu unterrichten, so liegt die Durchschnittszahl im soeben zuendegehenden Schuljahr bei 24,7. Einen Schwerpunkt bilden auch die Berufsschulen. Jeder zweite Wiener Jugendliche besucht eine Berufsschule. Die Leistungsgruppen sind nun auch in den Berufsschulen möglich. Zur Frage der Integrierten Gesamtschule war der Redner der ÖVP vor, diese zu diskriminieren. Positiv wertete Steinbach die neue Hauptschule, in der der zweite Klassenzug abgeschafft und die Leistungsgruppen eingeführt werden. Die betroffenen Hauptschullehrer wurden für die neue Regelung gut vorbereitet. Die Novelle zum Schulgesetz ist ein Fortschritt.

LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) wies die Argumentation, innere Differenzierung bedeute Abteilungsunterricht, als falsch zurück. Jeder gute Lehrer, ob bewußt oder unbewußt, macht diese innere Differenzierung im Unterricht, weil er den Kindern mehr Chancen und Möglichkeiten geben kann. Bei den Schulversuchen ging es darum, die Hauptschule zu verbessern. Eine Zustimmung der Volkspartei zur Integrierten Gesamtschule sei nicht zu erwarten.

Vbgm. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER freute sich darüber, daß sich die Debattenredner grundsätzlich zur Novelle bekannten. Im Schulbereich wurde ein Umdenken erreicht. Es geht darum, die Schule so zu gestalten, daß sie human und angstfrei ist.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.  
(Forts.) fk/ko

NNNN



Wiener Landtag (11)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

- 17 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In einer dringlichen Anfrage forderten die ÖVP-Abgeordneten ARTHOLD, Dr. HAWLIK und Dr. MAYR Maßnahmen für einen umfassenden Umweltschutz in Wien. Im einzelnen:
1. Die Einrichtung eines unabhängigen Umweltschutzanwaltes in Wien, der unabhängig vom Magistrat ist und in allen Fragen des Umweltschutzes Parteistellung hat;
  2. die Einrichtung eines Umweltkontrollamtes, das analog dem bereits bestehenden Sicherheitskontrollamt Prüfungen z. B. auf dem Gebiet der Energie, Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen auf ihre Umweltauswirkungen vornimmt;
  3. die Ausarbeitung eines umfassenden Wiener Umweltschutzgesetzes, indem insbesondere die Bekämpfung der Luftverschmutzung, die Bekämpfung des Lärms, die Müll- und Abfallbeseitigung, die Pflege der Gewässer und der Schutz der biologischen Umwelt geregelt sind sowie
  4. die Ausarbeitung eines modernen Wiener Abfallbeseitigungsgesetzes.
- (Forts.) roh/gg

NNNN



Wiener Landtag (12)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

18 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPÖ) nahm zu den einzelnen Punkten der dringlichen Anfrage Stellung: Ein Umweltschutz sei in der von der ÖVP geforderten Form aufgrund der geltenden Rechtslage nicht möglich. Auch sei der Bedarf nicht vorhanden, da es bereits eine zuständige Behörde gebe, nämlich die Magistratsabteilung 22 "Umweltschutz". Im Rahmen dieser Behörde gebe es auch ausreichend Kontrolleinrichtungen und Rechtsmittel. Allerdings sei es notwendig, der Umweltschutzabteilung verstärkte Durchsetzungsmöglichkeit zu geben. Deshalb werde jetzt auch das "Umweltveto" eingeführt. Dieses Veto werde viel mehr Möglichkeiten und auch mehr Transparenz bringen, als die Einführung eines Umweltschutzes, stellte Schieder fest.

auch ein Umweltschutzamt sei wegen der mit größeren Kompetenzen ausgestatteten Umweltschutzabteilung nicht notwendig, sagte Schieder. Das bestehende Kontrollamt nehme auch im Umweltbereich diese Funktion bereits wahr. Ein umfassendes Wiener Umweltschutzgesetz würde aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzlage kläglich ausfallen. Wo es auf dem Gebiet des Umweltschutzes Landeskompetenzen gebe, seien im wesentlichen bereits ausreichende gesetzliche Regelungen vorhanden. Auf dem Gebiet der Luftverschmutzung ist es die Wiener Luftreinhaltensnovelle. Weiters gibt es hier gezielt Maßnahmen durch die Stadtwerke, die den Schadstoffgehalt der Wiener Luft in zehn Jahren auf ein Drittel des heutigen Wertes senken werden. Die Lärmbekämpfung ist in weiten Sachen Bundessache, in Wien gibt es das Baulärmgesetz 1973. Die Müllbeseitigung wird durch das Wiener Müllabfuhrgesetz geregelt, das derzeit novelliert wird. Auf Bundesebene wurde kürzlich vom Nationalrat das Sonderabfallgesetz beschlossen. In der Sonderabfallbeseitigung setzt Wien große Bemühungen, die nicht honoriert werden, weil sie noch nicht perfekt funktionieren, während in anderen Bundesländern überhaupt nichts in dieser Richtung getan wird. (Forts.) roh/ko

NNNN



Wiener Landtag (13)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

19 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gewässerschutz sei im Rahmen des Wasserrechtes ausschließlich Bundessache, betonte SCHIEDER, während auf dem Gebiet der Pflege und des Schutzes der biologischen Umwelt teilweise Bund und teilweise Land zuständig seien. Seitens des Landes Wien gibt es hier unter anderem das Naturschutz-, Baumschutz- und Feldschutzgesetz. Das Naturschutzgesetz wird derzeit verbessert und gestrafft. Auf dem Gebiet des Schutzes der biologischen Umwelt sei Wien als Großstadt beispielgebend, obwohl in anderen Bundesländern Maßnahmen auf diesem Gebiet viel leichter und billiger durchzuführen wären.

Die Abfallbeseitigung wird in Wien durch das Müllabfuhrgesetz geregelt, sagte Schieder zur Forderung nach einem modernen Abfallbeseitigungsgesetz. Dieses Gesetz werde, wie bereits gesagt, derzeit novelliert.

Abschließend verlangte Schieder Zeit zur Lösung der Probleme. Er könne nicht wenige Tage nach seinem Amtsantritt Patentrezepte anbieten, das wäre politische Scharlatanerie. Die dringliche Anfrage der ÖVP bezeichnete Schieder in diesem Zusammenhang als politischen Gag, vor allem, da im Rahmen der Rechnungsabschlußdebatte die Diskussion über den Umweltbereich ohnehin für heute nachmittag angesetzt sei. Offensichtlich wollte man mit der Erörterung zu diesem Zeitpunkt noch "vor Redaktionsschluß hineinschlüpfen". Angesichts der Dringlichkeit der Umweltschutzprobleme sollte man sich jetzt nach den Wahlen, zusammensetzen, und politisches "Hick-Hack" vermeiden. (Forts.)  
roh/jh

NNNN



Wiener Landtag (14)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

20 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Gesamtgesetz zum Umweltschutz forderte LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö). Diesem Gesetz sollen zwei Thesen zugrunde liegen: 1. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine menschenwürdige Umwelt, die Gemeinde hat die Aufgabe, diesen Anspruch zu verwirklichen. 2. Umweltschutz beginnt bei der Aufklärung, es müßte daher die Information zum Umweltschutz verstärkt werden. Das umfassende Gesetz soll unter anderem stärkere Bestimmungen gegen die Luftverschmutzung beinhalten. Es soll ferner Lärmschutzbestimmungen und ein Wasserhaushaltsgesetz enthalten. Ebenso muß das Müllproblem gesetzlich in den Griff zu bekommen sein. Pawkowicz verlangte ein Abfallwirtschaftsgesetz zur Unterbindung wilder Deponien mit Verordnungen über den Sondermüll und mit einem Anzeigerecht der Besitzer von Sondermülldeponien.

Die dringliche Anfrage der öVP beinhaltet wesentliche Forderungen der Freiheitlichen und wesentliche Forderungen, die die breite Öffentlichkeit an die Stadtverwaltung stellt. Er wisse aus Erfahrung, daß Anfragen auch Erfolg haben. In einer Anfrage hatte die FPö gefordert, daß die Bevölkerung regelmäßig über den Schadstoffgehalt der Luft informiert werden soll. Dieser Vorschlag wird nun verwirklicht. Bereits 1981 haben die Freiheitlichen ein Vetorecht für den Umweltstadtrat verlangt. Auch diese Forderung wurde erfüllt. Pawkowicz gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß von dem Vetorecht auch tatsächlich Gebrauch gemacht wird. (Forts.) ba/gg

NNNN



Wiener Landtag (15)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

21 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Labg. ARTHOLD warf StR. SCHIEDER vor, im Umweltbereich in den vergangenen fünf Jahren seine Kompetenzen vernachlässigt zu haben. Daher bestehe auch kein Anlaß, Schieder für die Zukunft einen Vertrauensvorschuß zu geben. Die Bürger haben ein Recht, so Arthold, Lösungen im Umweltbereich zu erhalten und nicht mit der Ausrede abgespeist zu werden, daß die rechtlichen Kompetenzen nicht gegeben seien. Kennzeichnend sei, daß das angekündigte Vetorecht für den Umweltstadtrat in der Regierungserklärung des Bürgermeisters nicht mehr aufscheine, obwohl die Wiener Situation mit Kraftwerken ohne entsprechende Filter, mit einer Verschlechterung der Müllbeseitigung, mit Grundwasser- und Lärmproblemen belastet sei. Das von Schieder angekündigte "Umweltparlament" würde lediglich eine Ventilfunktion für die Bürger haben, sagte Arthold, während der von der ÖVP geforderte "Umweltanwalt" eine Hilfestellung für viele Einzelprobleme bedeuten würde. Weiters könnte das ebenfalls von der ÖVP geforderte "Umweltkontrollamt" Großprojekte begleitend kontrollieren und schon bei der Flächenwidmung eingreifen. Das geforderte "Umweltschutzgesetz" würde schließlich eine zusammenhängende Lösung für alle Umweltschutzprobleme möglich machen. (Forts.) gab/ko

NNNN



Wiener Landtag (16)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

22 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Für die ÖVP ist offenbar grundsätzlich alles, was es in Wien gibt, ein "Dreck" sagte LAbg. OUTOLY (SPö). Tagtäglich sind wir im weltweiten Maßstab mit gravierendsten Umweltproblemen konfrontiert. Wir können froh sein, in einer Stadt zu leben, in der es doch etwas anders ist. Der ÖVP warf Outolny massive Profilierungssucht und "Nestbeschmutzung" vor. Das Instrument der dringlichen Anfrage ist ihr beliebtestes Spielzeug geworden. Alles, was Inhalt der Anfrage ist, wurde bereits in der Vergangenheit im zuständigen Ausschuß behandelt.

Die Forderungen der "Busek-ÖVP" befinden sich im Widerspruch mit den Aussagen des Handelskammerpräsidenten und ÖVP-Abgeordneten DITTRICH. Dieser habe, so Outolny, größte Bedenken gegen Umweltverträglichkeitsprüfungen erhoben, sei besorgt über die Behinderungen der Wirtschaft durch grüne Höfe, verlange eine konsequente Durchführung des Hafenausbaukonzeptes, den Ausbau von Straßen und Stadtautobahnen sowie mehr Möglichkeiten für LKWs im Stadtgebiet und bezeichnete Beschleunigungsprogramme für öffentliche Verkehrsmittel als Behinderung der Wirtschaft.

In Wien gibt es heute mehr Wald- und Wiesengürtel als von 10 Jahren, mehr öffentliche Parkanlagen, mehr Kleingärten und mehr Naherholungsanlagen. Wir haben eine gesicherte Wasserversorgung, während manche niederösterreichische Gemeinden mit dem Wasserwagen versorgt werden. Daß die Dritte Wiener Wasserleitung nicht wirksam wird, ist die Schuld der in Niederösterreich verantwortlichen ÖVP-Politiker, sagte Outolny.

Es gibt eine Reihe großer Umweltprobleme, über die man ernsthaft diskutieren sollte, etwa die Frage der Sonderabfallbeseitigung oder der Einweggebinde. Wir müssen versuchen, Umweltprobleme nicht in erster Linie durch nachträgliche Reparaturen, sondern durch vorsorgende Maßnahmen in den Griff zu bekommen, schloß Outolny. (Forts.) ger/ap

NNNN



## Wiener Landtag (17)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

23 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ nimmt das Problem nicht ernst, sagte LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP). Für die Volkspartei sei die Frage so ernst, daß sie eine dringliche Anfrage eingebracht hat. Der Wienerwald ist bedroht. In dieser Situation kann man sich nicht auf Kompetenzen ausreden. Auch die Öffentlichkeit muß mit den Fragen des "Sauren Regen" konfrontiert werden. Die ÖVP habe eine Aktion mit Baumschleifen gestartet, die von der SPÖ unterbunden worden sei.

An kurz- und langfristigen Maßnahmen schlug Dr. Hawlik eine Dokumentation über den Ist-Zustand des Wienerwaldes vor, weiters müßten Maßnahmen getroffen werden, die den "Sauren Regen" verhindern, und zwar im eigenen Bereich. Durch entsprechende Ausrüstung der Wiener Kraftwerke und durch die Senkung des Bleigehaltes im Benzin könne einiges erreicht werden.

Josef SCHÖFFEL hat im 19. Jahrhundert den Wienerwald vor dem Abholzen gerettet. Bürgermeister Dr. Karl LUEGER hat dieses für Wien wichtige Luftreservoir erhalten, wir sind beiden heute dankbar. Und wir stehen auch heute vor der Frage, wie wir den Wienerwald retten können, betonte Hawlik. (Forts.) fk/gg

## Wiener Landtag (18)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

25 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP habe aus einer so wichtigen Sache wie dem Umweltschutz reine Parteitaktik gemacht, sagte LABg. Dr. HÄUPL (SPÖ). Das Umweltveto werde nicht nur ein taugliches Instrument zur Sanierung bestehender Schäden sein, sondern auch der prophylaktischen Umweltpolitik dienen.

Der saure Regen mache auch ihm als Biologen größte Sorgen, erklärte Dr. Häupl. Neben dem Schwefeldioxyd seien auch Schwermetalle und Salze von Bedeutung. Hier gelte es, die Quellen zu finden. Die Stadt Wien hat auf diesem Sektor eine Reihe von Aktivitäten gesetzt: So enthält das Energiekonzept der Stadtwerke Maßnahmen zur Senkung des SO<sub>2</sub>-Gehaltes. Das hohe Ausmaß der Luftverschmutzung durch die Autos wird durch eine klare Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs bekämpft. Die Umweltverschmutzung durch Salz wurde mit der Einstellung der Salzstreuung vermindert.

Während die SPÖ Maßnahmen gesetzt habe, habe sich die ÖVP darauf beschränkt, Schleifen um Bäume zu binden und mit dem Umweltschutz Parteitaktik zu betreiben. Die dringliche Anfrage der ÖVP sei kein guter Dienst an einer gemeinsamen Lösung der Umweltprobleme, stellte Dr. Häupl abschließend fest. (Forts.) roh/ap



Wiener Landtag (19)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

26 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Umweltschutzprobleme sind eine Existenzfrage für die Großstadt, die dringend zu lösen ist, betonte LABg. Mag. KAUER (öVP). Man kann es sich nicht so einfach machen und von einem taktischen Manöver zur Unzeit sprechen. Er verstehe die Proteste gegen die dringliche Anfrage nicht. Stadtrat SCHIEDER habe sich mit der Anfrage kaum inhaltlich beschäftigt, sondern vor allem zu dem formalen Bereich der Dringlichkeit Stellung genommen. Ein Umweltschutzanwalt werde im übrigen nicht nur von der öVP, sondern auch von der jungen SPÖ gefordert. Der öVP geht es nicht nur um die Dringlichkeit, sondern um ein wesentliches Anliegen: Eine unabhängige Instanz zu schaffen, die den Bürgern zur Seite steht und die Parteienstellung hat. Die SPÖ sollte wenigstens den Versuch unternehmen, einen Beauftragten in Sachen Umweltschutz einzusetzen. Schieder könne sich nicht immer auf die MA 22 ausreden. Es ergeben sich rechtliche Probleme, wenn eine Magistratsabteilung prüfende und zugleich ausführende Instanz sein soll. Der Umweltschutz ist ein dringendes Problem. Die Dringlichkeit der Anfrage ist daher berechtigt. (Forts.) ba/ko

NNNN



Wiener Landtag (20)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

27 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) wies auf die Berechtigung einer dringlichen Anfrage in einer Sache hin, die für die jetzige und noch mehr die kommende Generation von größter Bedeutung sei. Zum Argument von Stadtrat SCHIEDER, er sei zu kurzfristig mit den Wünschen nach verschiedenen Konzepten im Umweltbereich konfrontiert worden, sagte Hampel-Fuchs, daß die ÖVP etwa bereits im September 1982 einen Antrag im Bezug auf die Müllproblematik gestellt habe, der von Schieder nach fünfeinhalb Monaten endlich beantwortet worden sei.

Schieder habe sich dann für ein neues Müllkonzept ausgesprochen, das bis heute nicht vorliege. Weiters sagte Hampel-Fuchs, sie frage sich, wann Schieder erstmals sein Umweltveto einsetzen werde: bei der EBS, die täglich Giftschlamm in den Donaukanal leere, bei den Kraftwerken Simmering oder bei anderen umweltschädigenden Tatbeständen. Das Vertrauen der Bevölkerung sei erschüttert, so Hampel-Fuchs. Es müsse endlich etwas geschehn, um die Umwelt zu sanieren. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (21)

Utl.: Dringliche Anfrage Umweltschutz

=++++

28 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Beantwortung der dringlichen Anfrage meldete sich Stadtrat SCHIEDER zu Wort. Auf die einzelnen Fragen antwortete er:

1. (Umweltschutzanwalt): Nein, weil durch das Umweltveto eine bessere Wirkung erzielt wird.
2. (Umweltkontrollamt): Nein, weil eine bessere Regelung getroffen wird.
3. (Umweltschutzgesetz): Teilweise geschieht dies bereits, teilweise ist es verfassungsmäßig nicht möglich.
4. (Abfallbeseitigungsgesetz): Dort, wo dies verfassungsmäßig möglich ist, ist der Auftrag bereits erteilt.

Der Umweltschutz ist eine große Aufgabe, betonte Schieder. Wir müssen und wollen sehr viel tun. Umweltschutz ist mehr als eine Anfrage im Landtag. Er erfordert konkrete Arbeit und konkrete Maßnahmen, braucht Mut, Entschlossenheit, Durchsetzungsvermögen und die Kraft der ganzen Stadt. Er sei überzeugt, schloß Schieder, daß der Wiener Landtag auch weiterhin diese Aufgabe unterstützen werde.

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES/LANDTAG

(Schluß) ger/ko



Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

31 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Kurz nach 14 Uhr wurde die Sitzung des Gemeinderates zur Debatte über den Rechnungsabschluß 1982 unter dem Vorsitz von GR. Margarete TISCHLER (SPÖ) wieder aufgenommen.

Stadtrat RAUTNER (SPÖ) zog eine Bilanz über die Arbeiten jener Magistratsabteilungen, die in der neuen Geschäftsgruppe "Bauten" zusammengefaßt sind. Im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens wurden Neubauten und Adaptierungen in zahlreichen Wiener Krankenanstalten durchgeführt. Das Pflegeheim im SMZ-Ost mit 405 Betten konnte eröffnet werden. Für den Bereich des Kultur-, Schul- und Sportwesens wurden Erhaltungsarbeiten an zahlreichen Schulgebäuden durchgeführt. Drei neue Schulgebäude konnten errichtet werden. Im Bereich der Denkmalpflege konnten die Restaurierungsarbeiten an der Pestsäule abgeschlossen werden. Stadtrat Rautner verwies darauf, daß in Wien 2.672 Kilometer öffentlicher Straßen zu verwalten und zu erhalten sind. Die befestigte Fläche beträgt rund 33,5 Millionen Quadratmeter.

Die Ansicht der ÖVP, daß der Bau der Brigittenauer Brücke unnötig gewesen sei, wies der Stadtrat scharf zurück.

Großes Augenmerk wurde auf den Bereich des Energiesparens gelegt. "Hier wird still und leise, aber mit großer Effizienz gearbeitet". Die neugebildete Energiekommission wird Vorschläge zum Energiesparen durch Optimierung der Heizanlagen und des Wärmeschutzes von Gebäuden erstellen, das Fernwärmenetz soll ausgebaut werden.

Schwerpunkte im Bereich der Verkehrsorganisation waren die Einführung von verkehrsberuhigten Zonen und Wohnstraßen in fast allen Bezirken sowie Beschleunigungsmaßnahmen für Straßenbahn- und Autobuslinien. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

32 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Großen Einsatz für die Bediensteten erforderte die Wartung der insgesamt 780 Verkehrslichtsignal- und 96 Blinklichtanlagen.

Diese Bilanz, so StR. Rautner, ist ein Erfolg des Zusammenarbeitens von Stadtssenat, Gemeinderat und Beamtenschaft. "Ich bin bereit, Positives durchzuführen, bin aber genauso bereit, Alternativen miteinzubeziehen. Und in ehrlicher Absicht versichere ich der Opposition meine Gesprächsbereitschaft. Und ich habe die ehrliche Absicht, über jedes Problem zu diskutieren." (Forts.) fk/gg



Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

33 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß der Wechsel im Bauressort in eine Zeit zweier signifikanter Probleme falle. Einerseits die wirtschaftliche Situation - im Vorjahr gingen die Aufträge privater Auftraggeber am Bausektor um 10,9 Prozent zurück, was allerdings teilweise durch vermehrte Aufträge der öffentlichen Hand aufgefangen wurde, und die Beschäftigtenzahl sank in Wien um 6,5 Prozent. Es werde Aufgabe des neuen Bautenstadtrates sein, hier Initiativen zu setzen und in allen Bereichen der Verwaltung die Bauwirtschaft anzukurbeln, sagte Pawkowicz.

Andererseits bringe die dramatische Verschlechterung der Umwelt und die immer größer werdende Empfindlichkeit der Bevölkerung in Umweltfragen den Bautenstadtrat in eine Konfliktsituation. Er werde bei der Verwirklichung neuer Projekte sehr vorsichtig abzuwägen haben. Solche Projekte werden heute viel genauer auf ihre Notwendigkeit geprüft als bisher.

Abschließend bezeichnete Pawkowicz die Erhaltung einer gesunden Umwelt als in jedem Fall übergeordneten Wertmaßstab und versprach Stadtrat Rautner seitens seiner Partei die gewünschte Zusammenarbeit. (Forts.) roh/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

35 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Das Gewerbe braucht keine Subventionen und keinen Notgroschen, sondern Chancengleichheit und echten Wettbewerb, erklärte GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP). In den Jahren 1975 bis 1981 sind trotz permanenter Steigerung des Bauvolumens 28.500 Arbeitsplätze im Baugewerbe verlorengegangen. Das sind 27 Prozent der in der Verstaatlichten Industrie Beschäftigten. Die Ursachen dafür liegen in der Forcierung der Industriebetriebe und der Großprojekte. Dabei sei erwiesen, so Mandahus, daß in der Altstadterhaltung mehr Menschen Beschäftigung finden als im Straßenbau.

Im 19. Bezirk gab es 1982 52 Unternehmen mit Gewerberechtigung. Davon haben nur noch 27 Personal, 15 haben einen Personalstand zwischen einem und zehn Beschäftigten. Einige Jahre davor waren im 19. Bezirk bedeutende Baufirmen etabliert.

Das Baugewerbe kann bei der Lösung der Lehrlingsfrage wesentlich mehr mithelfen als die Bauindustrie. 1980 war im Gewerbe jeder 14. Dienstnehmer ein Lehrling. In der Industrie war nur jeder 106. ein Lehrling.

Mandahus kritisierte die freihändige Vergabe der Großprojekte an Großfirmen. Großunternehmen haben dabei im Schatten einer Bank kaum ein Risiko. Der kleine Gewerbetrieb hat gegen solche Vergabepaxen keine Chance. Der Auftragsstand der WIBEBA bedeckt derzeit einen Jahresumsatz plus 3 Monate. Im Gewerbe weiß man oft nicht, ob man im nächsten Monat den Mitarbeiter noch bezahlen kann. Eine Hoffnung für das Gewerbe sieht Ing. Mandahus in der Stadtreparatur. Allerdings wird die forcierte Stadterneuerung eine Verwaltungsvereinfachung erfordern. (Forts.) ba/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

36 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHIEL (SPÖ) befaßte sich mit der Arbeit der MA 34, die für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen zuständig ist. Schiel betonte, daß das Funktionieren der Haustechnik als Selbstverständlichkeit angesehen wird und natürlich auch eine solche sein soll. Trotzdem müsse man bedenken, wieviel Arbeit und Verantwortung hinter diesem Funktionieren stecke. Mit 260 hochqualifizierten Mitarbeitern sorgt die MA 34 für die Installierung und Wartung von Rohren und Kabeln in Spitälern, bei der U-Bahn, im kommunalen Wohnbau und bei zahlreichen anderen Bauten. 1982 wurden mit einem Volumen von 830 Millionen Schilling auch Arbeitsplätze in zahlreichen Gewerbebetrieben und in der Industrie gesichert. Im Bereich Umwelt und Freizeit leistete die MA 34 - etwa mit den Bewässerungsanlagen auf der Donauinsel, mit den Installationen in neuen Hallenbädern, wie in der Donaustadt und in der Brigittenau, aber auch bei Renovierungsarbeiten im Amalienbad - Grundlegendes zum Funktionieren dieser Einrichtungen. Von der Rolltreppe in der U-Bahn-Station bis zum Ärzteruf im Spital, vom Operationssaal bis zur Fernsehantenne und zum Blitzableiter im Gemeindebau erstreckt sich der Arbeitsbereich der MA 34, die damit wesentlich zum Funktionieren unserer Stadt beiträgt. (Forts.) gab/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

37 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Es gibt eine Reihe von Straßenbauten, für deren rasche Realisierung die ÖVP eintritt, erklärte GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP). Dazu gehören die Donauuferautobahn (wobei hier ein kritischer Punkt bei der Alten Donau ist), die Umfahrung Wiens (A 21) zwischen Vösendorf und Kaiserebersdorf (aber ohne Fortsetzung über die Donau), der Knoten Nußdorf, die Uraniabrücke und die Sanierung der Wagramer Straße. Für die Tunnels im Wiental und am Gürtel gibt es verschiedene technische Möglichkeiten. Eine Tieflage ist im Prinzip sicher sinnvoll, die Frage ist jedoch, ob sie finanzierbar ist. Wir werden jedenfalls, betonte Mayr, im Auge behalten, ob das, was vor den Wahlen versprochen wurde, auch eingehalten wird. Die ÖVP ist gegen den Ausbau des Flötzersteigs, der B 222 als Vororteschneelstraße, der A 24 in der geplanten Trasse nach Hirschstetten und der B 225 in Hochlage über Simmering.

Beim Straßenbau gibt es eine Reihe von Problemen, die wir in den Griff bekommen müssen, so den Lärm, die Abgase, den Baumschutz, die Trennwirkung und Unfallgefahr für die Fußgänger sowie die Verdrängung der sozialen Funktion der Straße. Mayr stellte den ANTRAG, analog der Förderungsaktion des Bundes zum Einbau von Lärmschutzfenstern an Bundesstraßen eine eigene Aktion der Stadt Wien für Gemeindefstraßen zu schaffen. Den "Modetrend", Verkehrsberuhigung durch komplizierte Einbahnregelungen anzustreben, bezeichnete Mayr aus Umweltgründen als problematisch, weil dadurch die gefahrenen Wegstrecken länger werden. Bäume brauchen genügend Fläche. Durch Schutzwege, Fußgängerampeln und rigorose Überwachung soll die Unfallgefahr vor allem für Fußgänger herabgesetzt werden. Anzustreben ist eine Rückgewinnung von Straßenflächen für Fußgänger, Radfahrer und Schanigärten. (Forts.) ger/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

38 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPö) meinte zum Debattenbeitrag seines Vorredners Dr. MAYR (öVP), daß zwischen seiner Aussage und der von Vizebürgermeister Dr. BUSEK bezüglich der geplanten Untertunnelung des Südgürtels eine Diskrepanz bestehe. Busek hat sich ganz offen für die Absiedlung der Bevölkerung ausgesprochen. Es sei bedauerlich, wenn die Aussage eines Spitzenmandatares im Nachhinein interpretiert werden muß. Die Forderung nach der Absiedlung der Bevölkerung wies GR. Riedler scharf zurück. "Die Autos und nicht die Menschen sollen entfernt werden." Außerdem urgierte GR. Riedler das Ergebnis der von der öVP durchgeführten Befragung der Wohnbevölkerung am Südgürtel. Aus einer von der SPö in Auftrag gegebenen Untersuchung geht hervor, daß die Menschen nicht abgesiedelt werden wollen.

In einer Replik stellte GR. Dr. MAYR (öVP) fest, es sei Tatsache, daß der Süd- und der Westgürtel die meist befahrenen Straßen Österreichs sind, wobei der Südgürtel weniger belastet ist als der Westgürtel. Im Wahlkampf sei plötzlich die Untertunnelung groß herausgebracht worden. Und im Verkehrskonzept wird von der Möglichkeit einer Absiedlung der Bevölkerung am Westgürtel gesprochen. Was für den Westgürtel gilt, müßte daher auch für den Südgürtel Gültigkeit haben. (Forts.) fk/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

39 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) erklärte zur Uraniabrücke, der Bau habe sich verzögert, da berechtigte Wünsche der Bevölkerung noch in Rechnung gezogen werden mußten. Zur Frage der Abgase meinte Hengelmüller, Österreich habe die strengsten Abgasbestimmungen für Kraftfahrzeuge in ganz Europa. Das zeige, wie sehr die Lebensqualität im Vordergrund stehe. Hengelmüller kritisierte die Haltung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zum Problem des LKW-Verkehrs in Wien. Im 2. Bezirk seien ganze Straßenzüge durch ausländische Lkws verparkt. Das bedeute eine große Belästigung für die Bevölkerung. Ein Lkw-Halteverbot wird von der Kammer aber regelmäßig beeinsprucht.

Hengelmüller verwies auf das Verkehrskonzept, das Verkehrssicherheit, Entlastung der Wohngebiete, Ausbau der Fußgängerzonen und Radwege sowie den Ausbau der Park-and-Ride-Bereiche anstrebe. Die für die Verkehrsorganisation zuständige Magistratsabteilung 46 habe auf diesem Gebiet hervorragende Arbeit geleistet. So sei zum Beispiel die geplante EDV-Überwachung des Straßenverkehrs im Hinblick auf die fast 600.000 Kraftfahrzeuge in Wien besonders wichtig. Als Beispiel für eine gelungene Verkehrsorganisation nannte Hengelmüller den Praterstern, wo es die erste computergesteuerte Ampelanlage Wiens gibt, die sich automatisch der Verkehrssituation anpaßt. Außerdem verwies Hengelmüller auf die Praterstraße, die eine vorbildliche Lösung für die Begrünung einer Straße darstelle. Die MA 46 habe die ihr übertragenen Aufgaben bezüglich Sicherheit und Umweltschutz bestmöglich gelöst, sagte Hengelmüller abschließend. (Forts.) roh/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

40 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. RAUTNER nahm zu einigen seiner Vorredner Stellung. Wien sei das einzige Bundesland Österreichs, das im vergangenen Winter einen Rückgang der Arbeitslosenrate aufwies. Die Erhaltung der Beschäftigung bezeichnete Rautner als einen der wichtigsten Beiträge zur Erhaltung der Demokratie.

Zur raschen Durchführung der kommenden Großbauvorhaben sagte Rautner, eine Planungs- und Koordinationsphase sei notwendig, man werde aber die Arbeiten möglichst rasch in Angriff nehmen.

Es sehe keinen Widerspruch zwischen Umweltschutz und Bauen und sei auch kein "Betonierer", stellte Rautner fest, auch wenn manche Zeitungen ihn so bezeichneten. Er werde im Gegenteil die Belange des Umweltschutzes sehr genau im Auge behalten und sei sehr froh über die zusätzlichen Kompetenzen der Umweltschutzabteilung, die alle Projekte noch überprüfen werde.

Beim Konferenzzentrum geht ein Großteil der Aufträge in Klein- und Mittelbetriebe. Zur Bevorzugung gemeindeeigener Firmen bei der Auftragsvergabe durch die Stadt Wien sagte Rautner, er halte das für eine Selbstverständlichkeit. Die "Vision 2000" bezeichnete Rautner als Wirklichkeit - Wien stehe als Großstadt im internationalen Vergleich von der Lebensqualität her an der Spitze. Abschließend versprach Rautner für seine zukünftige Arbeit Diskussionsbereitschaft. (Forts.) roh/ap

NNNN



Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

41 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In einer zweiten Wortmeldung nahm GR. MANDAHUS (ÖVP) zu den Ausführungen von StR. RAUTNER Stellung. Mandahus betonte dabei, er habe nicht für sich selbst gesprochen, sondern für 95.000 Beschäftigte im österreichischen Baugewerbe. Zum Vorwurf, er habe keinen Betriebsrat in seiner Firma, sagte Mandahus, das sei der Fall, weil die bei ihm Beschäftigten mit der Führung der Firma zufrieden seien. Im übrigen lade er StR. Rautner ein, sich den Betrieb anzuschauen. Grundgedanke seiner Ausführungen sei es jedoch gewesen, Vorschläge zur Stadterneuerung zu machen, die mehr Arbeitsplätze mit gleichem finanziellem Aufwand garantieren. Schließlich sagte Mandahus, er könne keine freie Marktwirtschaft sehen, wenn Bankenbetriebe ohne Wettbewerb Milliardenprojekte von ihren Banken zugeschanzt erhalten.

StR. Rautner, der sich ebenfalls nochmals zu Wort meldete, sagte, er nehme das Angebot an, den Betrieb von Ing. Mandahus zu besichtigen. Es müsse ihm jedoch unbenommen bleiben, Dinge auszusprechen, die ihm unrichtig erscheinen. Er gebe auch zu, daß das Baugewerbe die Hauptlast der Lehrlingsausbildung übernehme. Die Gewerkschaft habe aus diesem Grund jedoch die Einführung einer Lehrlingsumlage durchgesetzt, um einen Ausgleich zu schaffen. Abschließend sagte Rautner, er könne nach allen Ausführungen der ÖVP nicht begreifen, warum diese Partei im Parlament der Altstadtmilliarde nicht zugestimmt habe. Denn gerade dies sei eine klassische Maßnahme für die Klein- und Mittelbetriebe gewesen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

42 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Anteil der öffentlichen Aufträge an der Bauproduktion ist im Bereich der Adaptierungen von 20 Prozent im Jahr 1978 auf über 30 Prozent seit 1980 gestiegen, sagte GR. SWOBODA (SPÖ). Der Rückgang der Beschäftigten im Hoch- und Tiefbau ist im öffentlichen Bereich geringer als im Durchschnitt. Im Adaptierungsbereich ist die Beschäftigtenzahl aber seit 1978 um 52 Prozent gestiegen. (Forts.) ger/ko



Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

++++

43 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Über Umweltfragen wurde heute bereits im Landtag sehr ausführlich diskutiert, sagte StR. SCHIEDER einleitend zur Debatte "Umwelt und Bürgerdienst". Er könne sich deshalb in seiner Einleitung sehr kurz halten. Es wurde alles unternommen, um die Zielsetzung zu verwirklichen, eine gesunde Umwelt zu erhalten und die Umwelt dort, wo sie nicht gesund ist, zu verbessern. Schieder wies darauf hin, daß die für den Luftsektor erarbeiteten Prognosemodelle international richtungsweisend sind.

Das Grün in der Stadt stand im Vordergrund der Arbeit des Stadtgartenamtes. Schieder erwähnte das Alleenprogramm, die Innenhofaktion, den Baumtausch und die Erhaltung der Parkanlagen. Die Freigabe der Rasenflächen hat sich bestens bewährt. In vielen Parkanlagen wurden, oft in Diskussion mit den Anrainern, Verbesserungen durchgeführt.

Das Bäderprogramm wurde zügig fortgesetzt. Das Hallenbad im 20. Bezirk wurde termingerecht fertig, das Hallenbad im 22. Bezirk vor kurzem durch einen Sommerbadebereich ergänzt, und die Arbeiten am Hallenbad in der Großfeldsiedlung verlaufen termingerecht.

Der Bau der Donauinsel schreitet zügig voran. Die Insel und die Neue Donau sind zu einem wirklichen Hit geworden und haben eine positive Entwicklung bewirkt. Mehr Menschen verbringen heute ihre Freizeit in Wien.

Die Aufgaben in den Quellenschutzforsten standen im Mittelpunkt der Arbeiten des Forstamtes. In Wien waren es die Lobau und der Lainzer Tiergarten. Neue Wanderwege wurden angelegt. (Forts.) gor/ap

NNNN



Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

44 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Presse- und Informationsdienst war bemüht, alle Aufgaben, die zur Information der Öffentlichkeit notwendig sind, zu erfüllen, sagte Schieder. In Kampagnen wurde versucht, der Öffentlichkeit zu zeigen, welche Möglichkeiten bestehen und was mit dem Geld der Stadt geschieht. Die Rücksendequoten bei Postwurfsendungen beweisen, daß man auf dem richtigen Weg ist. Der Informations- und Werbeagenturcharakter des PID soll weiter ausgebaut werden.

Die Feuerwehr ist gut ausgestattet, die Wiener wissen, was sie an ihr haben. In Liesing wurde eine neue Hauptfeuerwache in Betrieb genommen. Im nächsten Jahr wird die Nachrichtenzentrale in Angriff genommen.

Die schwierige Aufgabe, die Ver- und Entsorgung einer Millionenstadt zu bewältigen, wird oft nicht gewürdigt. Oft ernten wir Kritik dafür, daß wir etwas tun, während über die Untätigkeit anderer der Mantel des Schweigens gebreitet wird. Selbstverständlich ist aber in der Zukunft noch viel zu tun, betonte Schieder. Auf die Wasserversorgung kann Wien stolz sein. In der Luftreinhaltenovelle werden wir die Verordnungsermächtigung extensiv auslegen und Grenzwerte nicht nur für flüssige Brennstoffe, sondern auch für die Abgase fester Heizstoffe aus Feuerstätten festlegen. (Forts.)  
ger/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

46 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß wesentliche Punkte des Kapitels bereits am Vormittag im Landtag behandelt worden seien. Er halte es aber grundsätzlich für richtig, daß sich die Umweltschutz nicht auf die Behebung von Schäden zu beschränken hat. Über die Umweltpflege müsse man weiter zu einer geplanten Umweltvorsorge kommen. "Die Politiker haben die nötigen Weichenstellungen vorzunehmen, jeder Bürger darf erwarten, daß sich die Mandatäre Gedanken über die Zukunft machen."

Positiv stellte sich der Redner zur Donauinsel. Sie ist auch international gesehen ein gutes Naherholungsgebiet. Aus dem ursprünglichen technischen Projekt hat sich ein Objekt mit hohem Freizeitwert entwickelt.

Im Bereich der Entsorgung klappt es allerdings nicht. Das Rinter Projekt, für das sich die FPÖ ursprünglich begeistert hat, ist leider gescheitert. Ein Müllkonzept ist versprochen und muß bald vorliegen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

47 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) "Die Hauptkläranlage funktioniert nicht, sie kann nicht funktionieren, denn sie ist eine Fehlkonstruktion. Ich habe Respekt vor Stadtrat SCHIEDER, daß er das einbekannt hat", betonte GR. Ing. WORM (ÖVP). Eine Kläranlage, die stinkt, die funktioniert nicht, und daß sie stinkt, hat Stadtrat Schieder bestätigt. Denn die Kläranlage produziert keinen Frischschlamm, sondern erzeugt Faulschlamm, der nicht so wie geplant, in der EBS verbrannt werden kann.

Ausführlich befaßte sich Worm mit der Geschichte der beiden Bauwerke HKA und EBS. Der Schlammvertrag, der zwischen der MA 30 und der EBS abgeschlossen wurde, basiere auf falschen Daten. Es sei eine Fehlentscheidung gewesen, daß die EBS von der MA 30 übernommen wurde. Und auch nach der Erkenntnis, daß weder die Entsorgungsbetriebe Simmering noch die Hauptkläranlage funktioniere, sind weitere Fehler gemacht worden. Das Ergebnis aus alledem: Die Mahltrockner versagten, die Kläranlage versagt, ein Drittel der zu klärenden Abwässer wird ungeklärt an der Hauptkläranlage vorbei in die Donau geleitet. Jetzt muß um rund 250 Millionen ein weiterer Sanierungsanlauf versucht werden. (Forts.) fk/ko



Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

48 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) berichtigte den von seinem Vorredner genannten Prozentsatz des in den Donaukanal geleiteten Schlammes - es würden maximal fünf Prozent abgeleitet und die Vertragswerte damit nie überschritten.

Die Stadt Wien hat bei der Übernahme der EBS einige Probleme geerbt, so Eder. Als privater Betrieb hat die EBS zahlreiche langfristige Verträge abgeschlossen und im Sinne eines guten Geschäftserfolges jeden Sondermüll übernommen. Die Stadt Wien fand bei der Übernahme große Mengen nicht verwertbarer Abfälle in den Lagern, die in zusätzlicher Arbeit abgebaut werden mußten.

Es müsse Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik sein, neue Wege und Technologien zu finden, stellte GR Eder fest. Die Sondermüllbeseitigungsanlage der EBS sei nach dem letzten technischen Stand errichtet und schließe eine Gefährdung der Umwelt aus.

Zusammenfassend betonte GR. Eder, daß Hauptkläranlage und EBS im Sinne eines aktiven Umweltschutzes nur positive Auswirkungen haben könnten. (Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

49 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte, daß die Wiener Kläranlage zum Unterschied von anderen Anlagen in Europa nach wie vor stinke. Auch die Aufbereitungsanlage bei der Sondermüllverbrennungsanlage funktioniere nicht. Zum angekündigten Vetorecht von Stadtrat Schieder sagte Arthold, es sei die Frage, wie und wann dieses funktionieren solle. Wichtig wäre es, auf die die Umwelt faktisch gestaltenden Geschäftsgruppen, die mit Planen, Wohnen und Straßenbau befaßt sind, Einfluß zu nehmen.

Initiativen forderte Arthold auch für das Wiener Kanalsystem, zu dessen Sanierung 16 Milliarden Schilling nötig seien. Als weitere Sorgenkinder bezeichnete Arthold die Wasserversorgung, den Zustand der Wiener Wassergerinne und die Pflege der kleineren Parkanlagen.

Das Wiener Bäderkonzept nannte Arthold einen Aktivposten im Umweltbereich, obwohl hier Sorge wegen der Abnahme der Gästezahlen in den Sommerbädern bestehe. Er wisse, daß dies auch an der zunehmenden Attraktivität der Donauinsel liege, hier müsse jedoch vor hygienischen Problemen gewarnt werden.

Zur MA 53 sagte Arthold, daß die Aufgabe, die Leistungen der Stadt zu verkaufen, nicht kostspieliger sein sollte als die verkaufte Ware selbst, wie etwa bei der Aktion "Ganz Wien trägt Grün". Vielmehr sollten die Leistungen der Stadt Wien von selbst sichtbar sein. (Forts.) gab/ko



Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

51 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Von der grundsätzlichen Idee, die hinter dem Rinter-Objekt stand, bin ich nach wie vor begeistert, sagte GR. FREINBERGER (SPÖ). Es wird sehr genau geprüft, inwieweit sie sich verwirklichen läßt.

1973 habe sich die öVP wegen des "Sauriers" Donauinsel aus der Koalition zurückgezogen.

Wiens Umwelt ist im Vergleich zu fast allen Großstädten Europas in Ordnung. Der öVP warf Freinberger vor, mit verschiedenen Maßstäben zu messen. Während in Niederösterreich die Landesregierung die Bürger und Besucher auffordert, die Umwelt in Ordnung zu halten, fordert die öVP dies in Wien von der Stadtverwaltung.

Im vergangenen Jahr wurde von der städtischen Müllabfuhr die gewaltige Menge von 513.000 Tonnen Müll eingesammelt. Im Vergleich zu anderen Städten und Ländern wird dieser Müllberg in Wien relativ problemlos beseitigt.

Die ständige Zunahme der Verkehrsdichte erfordert eine Intensivierung der händischen Straßenreinigung.

Neue Teile der Donauinsel wurden freigegeben. Das im Vorjahr eröffnete Hallenbad Donaustadt wurde in der Vorwoche durch eine Wasserrutsche mit dem Freibad verbunden.

Der Stadt Wien steht seit Jahrzehnten qualitativ hochwertiges Wasser zur Verfügung, betonte Freinberger abschließend. (Forts.)  
ger/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (19

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

52 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) "Mir gefallen bunte und gescheite Reden" sagte StR. SCHIEDER, "aber auf den zweiten Blick sind mir beim Debattenbeitrag von GR. WORM Zweifel gekommen. Ich habe Sorge, daß zwischen Ornamenten die Herabsetzung von Mitarbeitern versteckt ist. Mit blumengeschmückter Guillotine Mitarbeiter zu köpfen, die sich bemühen, ist mir zu einfach."

Zur Kritik meinte Schieder, es stehe außer Zweifel, daß die Wassergüte der Donau unterhalb von Wien sich seit Inbetriebnahme der HKA verbessert hat. "Die Budapester sind froh darüber, weil sie aus der Donau ihr Trinkwasser filtrieren." Außerdem glaube er, daß bei der Kritik Reinigungsgrad und Schlammgehalt verwechselt wurden.

StR. Schieder bekräftigte, daß er das Umwelt-Veto sehr ernst nehme und daß es wirksam sein werde. Am Beispiel der Donauinsel zeigt sich, was manchesmal von Kritik zu halten ist." "Es gab einige, die damals dagegen waren. Jetzt sind auch die Kritiker von damals dafür". (Forts.) fk/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Schlußwort Stadtrat Mayr/Rechnungsabschluß mit SPÖ-Stimmen  
angenommen

=++++

53 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MÄYR wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß der Rechnungsabschluß vom 8. bis zum 22. Juni zur öffentlichen Einsicht aufgelegt sei. Es wurde davon jedoch kein Gebrauch gemacht.

Mayr bedankte sich für die durchgeführte Diskussion. Er erklärte, daß die Frage der direkten Demokratie oft angeschnitten wurde. Mayr warnte in diesem Zusammenhang zur Vorsicht, daß bei Volksbegehren oder Bürgerinitiativen nicht nur jene zu Wort kämen, die sich am besten artikulieren können. Die bestehende Form der repräsentativen Demokratie mit ihren heutigen Parteien, die einen echten Querschnitt durch die Bevölkerung bilden, sei die beste Staatsform, die es gibt, sagte Mayr. Er verstehe deshalb nicht, warum sich die Parteien mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie selbst in Frage stellten.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Rechnungsabschluß der Stadt Wien mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Sämtliche während der Sitzung gestellten Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde um 20.20 Uhr unterbrochen und wird Donnerstag ab 9 Uhr mit der Debatte über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke fortgesetzt. (Schluß)  
roh/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN